Stephan Linck zur Diskussion um die Bornplatzsynagoge

16 Welchen Wert hat ein Denkmal,   
welches Recht hat ein Gedenkort und was ist die Antwort auf Antisemitismus?

In Hamburg ist ein Streit entbrannt um den Neubau einer Synagoge. Die Jüdische Gemeinde Hamburg, in der etwa die Hälfte der in Hamburg lebenden Jüdinnen und Juden Mitglied sind, hat eine Initiative gestartet und den Wiederaufbau der von den Nationalsozialisten zerstörten großen Synagoge am Bornplatz im Grindelviertel vorgeschlagen. Daraus wurde die Kampagne »Nein zu Antisemitismus – Ja zur Bornplatzsynagoge« ( <https://www.bornplatzsynagoge.org/> ), die inzwischen von ca. 107.000 Menschen unterstützt wird.

Die neue Bornplatzsynagoge soll nach dem Wunsch der jüdischen Gemeinde äußerlich eine Rekonstruktion der Synagoge genau an ihrem einstigen Standort werden. Dieser heißt inzwischen nach dem letzten Rabbiner der Synagoge Joseph-Carlebach-Platz. Seit 1988 befindet sich dort ein Kunstwerk – ein Relief, das auf dem Boden den Grundriss der einstigen Synagoge nachzeichnet. Es ist ein Gedenkort, der an den NS-Terror gegen die jüdische Minderheit in Hamburg erinnert.



• Grundriss der Synagoge auf dem Joseph-Carlebach-Platz. Foto: Ajepbah/Wikipedia

Die Forderung nach Sichtbarmachen jüdischen Lebens in Deutschland ist sehr begrüßenswert. Dass hierfür eine klare Unterstützung von Staat, Gesellschaft und auch Kirche kommt, ist ein gutes Signal. Von Seiten der Erinnerungskultur, die das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ins Zentrum stellt, ist die Initiative wiederum kritisch zu sehen und es muss gefragt werden, ob die anvisierte Rekonstruktion am historischen Ort der einstigen Synagoge nicht kontraproduktiv ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es üblich, die Zerstörungen des Krieges durch Überbauen unsichtbar zu machen. Vielfach wurden die Reste von Gebäuden abgerissen, um die Topographie von Innenstädten neu zu gestalten. Manchmal wurden Kirchenruinen stehen gelassen und als Mahnmale konzipiert, so die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin, die Frauenkirche in Dresden und die Hauptkirche St. Nikolai in Hamburg. Gemeinsam ist ihnen, dass hier die Erinnerung an die Bombenzerstörung des Krieges im Zentrum steht.

Nach 1990 wurde beschlossen, das Mahnmal der Frauenkirche in Dresden durch eine originalgetreue Rekonstruktion zu ersetzen. So wurde im Zentrum des weitgehend neu gebauten Dresden die alte Residenzstadt wiederhergestellt. Ähnliches fand auch in Potsdam statt: Mit der Rekonstruktion des Schlosses und inzwischen auch des Turms der Garnisonkirche wird Zerstörung unsichtbar gemacht (wobei der Wiederaufbau der Garnisonkirche hochgradig umstritten ist ( <http://lernort-garnisonkirche.de/> ), da sie durch den »Tag von Potsdam« assoziativ mit dem Beginn der NS-Herrschaft verbunden ist). Das Anknüpfen an die alte Pracht der Residenzstädte scheint jedoch vorrangig touristischem Interesse geschuldet zu sein.

In Berlin wiederum wurde das Stadtschloss der Hohenzollern im Bombenkrieg zerstört, die Ruine 1950 gesprengt und am selben Ort der Palast der Republik errichtet – eine Überbauung mit hohem Symbolcharakter. Nach 1990 wurde wiederum der Palast der Republik als Symbol der SED-Herrschaft abgerissen und durch eine Replik des alten Hohenzollernschlosses ersetzt. Die Rekonstruktion wurde so originalgetreu realisiert, dass selbst ein Kreuz wieder den Bau krönt als Symbol der christlichen Herrschaft der Hohenzollern bzw. der Behauptung, diese sei gottgewollt.

In Hamburg hat es eine derart symbolisch aufgeladene Rekonstruktion bisher nicht gegeben. Streit gab es die letzten Jahre um die Stadthausbrücke   
( <http://www.foerderkreis-stadthaus.de/> ), den im Zweiten Weltkrieg teilzerstörten Gebäudekomplex der einstigen Polizeizentrale – in dem nach 1933 der Terror des NS-Staates in der Region organisiert wurde. Nach dem Verkauf an ein Immobilienunternehmen wurde bzw. wird der Glanz des einstigen Polizeipräsidiums wiederhergestellt. Der Terror, der an diesem Ort stattfand und der von diesem Ort ausging, ist kaum sichtbar in einer kleinen Ausstellung in einer Buchhandlung präsentiert. Auf dem Gehweg davor soll ein Kunstwerk jenes Grauen andeuten, das vom Gebäude entfernt wurde. Bei dem Gebäudekomplex an der Stadthausbrücke handelte es sich weitgehend aber nur um eine Restaurierung erhaltener Bausubstanz.

Anders steht es nun am Ort des Gedenkens an die Bornplatzsynagoge am Joseph-Carlebach-Platz. Dieser Gedenkort, dessen Idee eine Leerstelle ist, die durch ein Kunstwerk sichtbar gemacht wurde, ist auf die Lücke, das Fehlen von etwas, angewiesen. Eine Rekonstruktion der Synagoge macht ihre vorherige Zerstörung unsichtbar. Der Nationalsozialismus ist unwiederbringlich eine Zäsur im Jüdischen Leben Deutschlands. Die Erinnerung an die Barbarei verbot dort bisher einen Neubau – zumindest gab es keinerlei Initiativen in diese Richtung. Die nach 1945 neu gegründete Jüdische Gemeinde hat in Hamburg an anderem Ort eine – kleinere – Synagoge errichtet.

Nun will die Jüdische Gemeinde an dem Gedenkort eine neue Synagoge errichten, die der alten gleichen soll als Symbol des neuen jüdischen Selbstbewusstseins. Daniel Scheffer, der Initiator der Kampagne sagt: »Das, was die Nazis unsichtbar gemacht haben, wird hier wieder sichtbar.« (<https://www.bornplatzsynagoge.org/> ). Aleyda Assmann, Empfängerin des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, nennt dieses Ziel der Initiative eine »Wiederherstellung der Vergangenheit unter Auslöschung der Auslöschung« ( <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/shoa-holocaust-gedenktag-auschwitz-erinnerung-90181369.html> ). Mit dem Wiederaufbau der Synagoge wird der Gedenkort beseitigt, der mit der Lücke, dem Fehlen von etwas, an die Zerstörung erinnert.

An diesem Punkt setzt eine kritische Stellungnahme ein, initiiert von den Historikerinnen Miriam Rürup und Ursula Büttner, die sich für den Erhalt des Gedenkortes einsetzt und eine Diskussion einfordert. [1]

Der emeritierte Geschichtsprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem Moshe Zimmermann weist ausdrücklich darauf hin, dass die Gestaltung des Gedenkortes und die Benennung zum Josef-Carlebach-Platz 1988 auf Initiative ehemaliger jüdischer Hamburger zustande kam. Er nennt das Vorhaben, diesen Gedenkort durch einen Neubau zu beseitigen, »pietätlos« (<https://www.tagesspiegel.de/kultur/kritik-antisemitismus-in-hamburg-eskaliert-ein-streit-um-erinnerungspolitik/26795450.html> ).

Die Holocaust-Überlebenden Peggy Parnass und Esther Bejerano kritisieren ebenfalls das Vorhaben und wünschen den Erhalt des Joseph-Carlebach-Platzes, ergänzt durch »eine kuschelige kleine Synagoge« (Peggy Parnass) oder »ein Haus der Begegnung für alle Menschen! Ein Haus, in dem über die Ursachen von Antisemitismus, über Lebensbedingungen heute, über Solidarität und Gerechtigkeit, über Umwelt und Bil­dung diskutiert wird.« ( <https://www.hagalil.com/2021/01/synagogenwiederaufbau/> )

Die schärfste Kritik kommt von Erika Estis, geb. Freundlich, die als Kind die alte Synagoge besucht hat. Sie schreibt: »Die Zerstörung der gesamten Gedenkstätte, die an frühere Zeiten erinnert, ist für uns, deren Familien dort gelebt und gebetet haben, und dann ausgelöscht wurden, herzzerreißend. Schon der Gedanke, dass dieses Vorgehen angemessen sein könnte, ist vollkommen unmöglich, beschämend und schändlich.« [3]

Hier begegnen sich zwei gegensätzliche Interpretationen zum Umgang mit der Vergangenheit. Die Initiative für den Neubau startete ihre Unterschriftenkampagne symbolträchtig am Jahrestag des Pogroms von 1938, dem 9. November 2020, und beendete sie am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar 2021. Die Jüdische Gemeinde verlangt die Gestaltungs- und Deutungshoheit über den Platz, die ihr wiederum von den letzten Hamburger Überlebenden der Shoah abgesprochen wird.

Vielleicht ist denkbar, die Leerstelle der alten Synagoge zu belassen und daneben eine neue zu bauen. Vielleicht ergibt sich aus der Machbarkeitsstudie, die nun in Auf-trag gegeben wird, ein für beide Seiten gangbarer Weg. ( <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/69644/wiederaufbau_der_bornplatzsynagoge.pdf> )

Die Debatte hat aber jetzt schon erreicht, dass über die erinnerungskulturelle Sinn-stiftung von Leerstellen diskutiert wird   
( <https://www.youtube.com/watch?v=UMI9rzCCgko> ) und darüber, wie Antisemitismus heute zu bekämpfen ist. Dabei stellt bisher niemand das Recht der Jüdischen Gemeinde in Frage, sichtbar in der Stadt präsent zu sein.

(<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/juedisches-leben-103.html> )   
Und das ist ein starkes Signal.